

Regierungsprogramm 2020-2024

- Stärkung der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen sowie **NGOs** im Bereich Sicherheitsforschung, Mediation und Krisenmanagement
- Weiterentwicklung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit **NGOs** (Polizei.Macht.Menschen.Rechte)
- Errichtung eines Beirates für Elementarpädagogik (Mitglieder dieses Beirats sind **NGOS**/Expertinnen und Experten, Länder sowie Gemeinden) zur Förderung der österreichweiten Zusammenarbeit und um Vorschläge für einheitliche Qualitätsmindeststandards in der Elementarpädagogik zu erarbeiten.
- Weiterführung der Schwerpunktthemen Rechtsstaatlichkeit, Kampf gegen Menschenhandel, Kampf gegen Rassismus, Stärkung der Frauenrechte, **Stärkung der Zivilgesellschaft**, von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie Journalistinnen und Journalisten und demokratischen Kräften-
- Stärkung einer zielgerichteten Koordinierung der Umsetzung der UN-Agenda 2030 unter systematischer Einbindung von Stakeholdern, **insbesondere der Zivilgesellschaft**, der Wissenschaft und des Privatsektors.
- Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat bis Ende Dezember 2021 wird Österreich aktiv zur Entwicklung und Stärkung des internationalen Menschenrechtsschutzes beitragen und die Ende 2020 stattfindende Staatenprüfung Österreichs unter **Einbindung der Zivilgesellschaft** vorbereiten (...).
- Umsetzung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) mit den Tätigkeitsfeldern Grundversorgung, Rechtsberatung, Rückkehrberatung, Dolmetschleistungen, Menschenrechtsbeobachtung (...) Schaffung eines Qualitätsbeirates zur zusätzlichen Absicherung der Unabhängigkeit der Rechtsberatung unter **Einbeziehung der Zivilgesellschaft**, Juristinnen und Juristen, dem UNHCR und der Volksanwaltschaft.
- Bündelung der Integrationsmaßnahmen des Bundes im Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) als zentrale Drehscheibe zur Abwicklung der Integrationsmaßnahmen für alle Zielgruppen; Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie mit anderen Systempartnern und der **Zivilgesellschaft**; laufende Evaluierung der Integrationsmaßnahmen des Bundes.

- Die Zusammenarbeit des ÖIF mit den Ländern, dem AMS und der **Zivilgesellschaft wird gestärkt**, um Synergien zu generieren und bestehende Expertisen und Netzwerke zu nutzen.
- Bundesweite Institutionalisierung der Strukturen im Sicherheitsapparat und Erweiterung von Kooperationen zwischen Exekutive, Ländern und Gemeinden, Gebietskörperschaften und der **Zivilgesellschaft**.
- Einberufung eines jährlichen Koordinationsausschusses zwischen Regierung, Parlament, Ländern und der **Zivilgesellschaft** über Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.
- Stärkung der Selbsthilfe und **Zivilgesellschaft** sowie des ehrenamtlichen Engagements: stärkere Förderung von Angehörigengruppen, Besuchsdiensten und Koordination von Freiwilligen.
- Wir werden einen breiten gesellschaftlichen Dialog unter Einbindung aller relevanten Stakeholder (Sozialpartner, **Zivilgesellschaft** etc.) über die Zukunft der Arbeit und dabei vor allem über die Aspekte Digitalisierung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeits- und Lebensqualität führen.
- Anerkennung der Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements und dessen Organisationen für die Demokratie; die Bundesregierung bekennt sich weiterhin dazu, einen aktiven Dialog und respektvollen Umgang mit **Nichtregierungsorganisationen zu fördern**.